

die imperialistische Bonner Regierung den „Auftrag“ ab, alle Deutschen und das Territorium des verblichenen „Deutschen Reiches“ unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Alle westdeutschen Regierungen unter den drei Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger haben diese Anmaßung zur „Richtschnur ihres Handelns“ erklärt.

Damit allein schon ist der Wille der Bonner Machthaber zur Expansion ausgedrückt. Sie wollen ihre imperialistische Ordnung auf die DDR sowie auf Teile des Staatsgebietes der Volksrepublik Polen und der UdSSR ausdehnen. Darüber hinausgehend, reklamiert das mit der Alleinvertretungsanmaßung verbundene sogenannte „Heimatrecht“ die ehemaligen Wohngebiete heutiger Westdeutscher in aller Herren Länder, vor allem in der CSSR. Das gehöre, wie ein westdeutscher Autor schreibt, zum „Recht auf Wiedervereinigung des gesamten deutschen Volkes in den Grenzen, die den geschlossenen deutschen Volksboden in Europa umfassen“. Mit dem „geschlossenen deutschen Volksboden“, der direkt der Nazikiste entstammt, aber in Westdeutschland offiziös verkündet wird, sind dann auch die weitergehenden Ansprüche auf Österreich, Siebenbürgen und „Böhmen-Mähren“, Memel und Südtirol, Elsaß-Lothringen und sDgar die deutschsprachige Schweiz bezeichnet. Sie nennen das „Wiedervereinigung“, aber in Wahrheit handelt es sich darum, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und die danach entstandene Ordnung in Europa zu revidieren. So erklärte es auch der einflußreiche Bundestagsabgeordnete Majonica in der CDU-eigenen „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ Anfang 1966: „Wir haben außenpolitisch sehr weitgesteckte Ziele. Die Wiedervereinigung

bedeutet die radikale Veränderung der Machtverhältnisse, wie sie sich seit dem zweiten Weltkrieg in Europa herausgebildet haben.“ Mit heuchlerischem Augenaufschlag fügt er hinzu: „Nur ganz selten sind die Ergebnisse eines Krieges nachher mit friedlichen Mitteln korrigiert worden.“ Er leugnet also nicht, daß die Bonner Machthaber die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren wollen. Nur möchte er — wie schon vor ihm Hitler und heute die Kiesinger/Strauß-Regierung — der Welt vorgaukeln, man könne friedlich diese „radikale Veränderung der Machtverhältnisse“ zugunsten der deutschen Imperialisten bewirken, mit der sie dann dem Ziel, ihre Hegemonie über Europa zu errichten, beträchtlich näher kämen.

Sie glauben das übrigens selbst nicht. Weshalb hätten sie sich sonst so beeilt, die stärkste Militärmacht Westeuropas zu werden? Weshalb sonst wären sie so versessen auf die NATO und alle jene Instrumente, mit denen sie das Potential der imperialistischen Großmächte für ihre Vorhaben einspannen zu können glauben? Weshalb sonst ist ihnen jedes Mittel recht, irgendwie doch noch an Atomwaffen heranzukommen? Freilich, bisher haben die vielfältigen Anläufe Bonns, sein Revancheprogramm zu verwirklichen, in der Sackgasse geendet. Sie scheiterten an der Macht und Festigkeit des Bündnisses der europäischen sozialistischen Staaten. Vermehrt hat sich auch die Unruhe und Besorgnis in vielen nichtsozialistischen Staaten Europas gegenüber dem offenen westdeutschen Aggressionsstreben. Selbst imperialistische Staaten schrecken vor den unvermeidlichen Folgen dieser Politik zurück. Deshalb sah sich Bonn zu taktischen Manövern gezwungen. Mit den sozialde-

mokratischen Ministern im Ge-spann spielen die CDU/CSU-Machthaber Europa gegenwärtig einen „neuen Kurs“ vor. Angeblich will man mit einer „neuen Politik zur Entkrampfung und Entspannung in Europa“ beitragen. „Sogar“ normale Beziehungen zu allen Staaten wolle man aufnehmen, nur die DDR ausgenommen; denn auf den Alleinvertretungsanspruch könne man natürlich nicht verzichten. Aber dies sei ja sozusagen eine „innerdeutsche“ Angelegenheit.

Der Sinn der Sache liegt auf der Hand. Mit diesem Trick hofft Bonn, die DDR isolieren zu können, um freie Hand für das erste und wichtigste Revancheziel zu bekommen, die DDR. Danach wäre dann die Bahn frei für die Weiterführung der Vorwärtsstrategie nach Osten und zur „Neuordnung Europas vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer“, von der Herr Strauß träumt. Der angeblich neuen und friedlichen Politik Bonns schaut aus allen Knopflöchern die alte Aggressionslust der deutschen Imperialisten — von den kaiserlichen „Alldeutschen“ über die nazistischen „Großdeutschen“ bis hin zu den Bonner „Alleindeutschen“.

Genosse Walter Ulbricht kennzeichnete in seiner Rede vor dem Berliner Parteiaktiv die Alleinvertretungsanmaßung der herrschenden Klasse Westdeutschlands als potentielle Kriegserklärung gegen die DDR. Bonn bedroht damit den Frieden ganz Europas; denn die Warschauer Vertragsstaaten haben keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit gelassen, jede Aggression, die seitens der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion gegen sie geführt wird, zu zerschlagen.

Die Voraussetzung der europäischen Sicherheit ist also der Verzicht der Bonner Regierung auf ihre Alleinvertretungsan-